



Baden-Württemberg.de

📅 27.09.2022

FINANZEN

Landesregierung beschließt Entwurf für Doppelhaushalt 2023/2024



© picture alliance/dpa | Jens Wolf

Die Landesregierung hat den Entwurf für den Doppelhaushalt 2023/2024 beschlossen. Damit hat das Land eine gute Balance zwischen Investitionen und notwendiger Risikovorsorge gefunden.

Der Ministerrat hat am 27. September 2022 den Regierungsentwurf für den Doppelhaushalt 2023/2024 verabschiedet. Der Haushalt hat ein Volumen von insgesamt rund 121 Milliarden Euro. Er sieht neue, zusätzliche Ausgaben von rund 1,36 Milliarden Euro vor. Das Land muss im Haushalt eine überwiegend Corona-bedingte Deckungslücke von knapp 5,4 Milliarden Euro schließen. Trotzdem sieht der Entwurf keine neuen Kredite vor. Im Haushalt ist zudem ein Risikopuffer von 1,46 Milliarden Euro eingeplant, um die Kosten der Inflation und mögliche Steuermindereinnahmen abzdämpfen.

Ministerpräsident **Winfried Kretschmann** betonte: „Mit dem Doppelhaushalt haben wir eine gute Balance zwischen Investitionen in den Klimaschutz, die Digitalisierung, die Verwaltungsmodernisierung, die

Bildung und die innere Sicherheit aber auch der weiterhin notwendigen Risikovorsorge wegen Corona und den Folgen des Ukraine-Krieges gefunden.“

Finanzpolitik in der Krise ist Risikomanagement

Finanzminister Dr. Danyal Bayaz ergänzte: „Das ist ein fokussierter Haushalt, mit dem wir der Krise gerecht werden wollen. Finanzpolitik in der Krise ist Risikomanagement. Herbst und Winter sind voller Unwägbarkeiten, was die wirtschaftliche Entwicklung betrifft, was die Energieversorgung betrifft. Und was notwendige Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger betrifft. Darauf müssen wir vorbereitet sein. Der Staat muss auch in der Krise funktionieren und handlungsfähig sein, darauf müssen sich die Menschen verlassen können. Wir investieren deshalb gezielt in die Modernisierung unserer Verwaltung. Wir müssen digitaler werden, wir müssen effizienter werden und wir müssen schneller werden.“

Von den Mehrausgaben sind knapp 900 Millionen Euro sogenannte zwangsläufige Ausgaben. Das heißt, dass sie aufgrund rechtlicher Verpflichtungen des Landes oder früherer Beschlüsse der Landesregierung notwendig sind. Fast 500 Millionen Euro will das Land entlang politischer Schwerpunkte investieren, etwa in Klimaschutz, die Digitalisierung, in Bildung und innere Sicherheit.

Kernzahlen des Regierungsentwurfs für den Doppelhaushalt

Gesamtvolumen	121 Milliarden Euro
Gesamter Deckungsbedarf	9,5 Milliarden Euro
Deckungslücke	5,4 Milliarden Euro
Zwangsläufige Mehrausgaben (zum Beispiel Breitbandförderung, Integration und Unterbringung für Geflüchtete, Justizvollzug)	867 Millionen Euro
Mehrausgaben für politische Schwerpunkte (vor allem Paket Digitalisierung/Verwaltungsmodernisierung und Klimaschutz)	490 Millionen Euro
Inflationsvorsorge	1 Milliarde Euro
Vorsorge für Steuermindereinnahmen	460 Millionen Euro
Rücklage für Haushaltsrisiken	1,3 Milliarden Euro
Gesamte Deckungsmittel	9,5 Milliarden Euro

Reduzierte Tilgungsverpflichtung aus der Konjunkturkomponenten der Schuldenbremse (wegen eingetrübter Konjunktur)	113 Millionen Euro
Steuer Mehreinnahmen für die Jahre 2023/24 gemäß Steuerschätzung Mai 2022	3,2 Milliarden Euro
Überschuss aus den Vorjahren	4,3 Milliarden Euro
Einsparungen des Ressorts	600 Millionen Euro
Zuführung zur Rücklage für Haushaltsrisiken (wie in der Finanzplanung vorgesehen)	1,2 Milliarden Euro

#Kabinett #Haushalt/Steuern

Link dieser Seite:

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/landesregierung-beschliesst-entwurf-fuer-doppelhaushalt-20232024?print=1&cHash=9346b42cb3458ecbc9011cde9fef4994>